

*üügung Über Atomwaffen, kapitalistische Manipulierung der Menschen, Verschärfung der Spannungen zwischen d.en deutschen Staaten, Verhinderung normaler Beziehungen zwischen ihnen und zu den sozialistischen Ländern, Antikommunismus und Mordhetze usw., usw.*

In seiner zweiten „Offenen Antwort“ vom 15. April 1966 sagte der Parteivorstand der SPD: „Unser Volk will wissen, was getan werden kann, damit die Kluft, die Deutschland trennt, wenigstens allmählich überwunden wird.“

Damit die Kluft, die die deutschen Staaten trennt, allmählich überwunden werden kann, muß vor allem der Friede in Deutschland und für Deutschland gesichert sein.

In der Deutschen Demokratischen Republik sind feste Grundlagen für eine konsequente Friedenspolitik geschaffen worden. Bei uns ist nicht nur die Macht der Rüstungskapitalisten beseitigt. Es gibt keinen Hitler-General in unserer Nationalen Volksarmee, keinen Hitler-Blutrichter in unserer demokratischen Justiz, keinen Nazi-Diplomaten in der Außenpolitik. Bei uns ist jegliche Kriegspropaganda verboten. Diese und andere Grundlagen unserer konsequenten Friedenspolitik, die den Prinzipien des Potsdamer Vertrages entspricht, zeigen den Weg. Auch Westdeutschland wird ihn gehen müssen, wenn die Kluft, die Deutschland trennt, allmählich überwunden werden soll.

Sollte es wirklich nicht möglich sein, daß SED und SPD ihre Positionen auf der Grundlage solcher Vorschläge einander annähern, wie sie im Januar 1966 vom Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik dem Bundestag der westdeutschen Bundesrepublik übermittelt worden sind?

Wir haben sie schon in unserem ersten Offenen Brief zitiert, aber keine Antwort erhalten. Deshalb müssen wir noch einmal auf sie zurückkommen. Sie lauten:

*Beide deutsche Staaten* verzichten auf Atomrüstung und Beteiligung auf Verfügung über Atomwaffen in jeglicher Form;

*beide deutsche Staaten* anerkennen die bestehenden Grenzen in Europa;

*die Deutsche Demokratische Republik und die westdeutsche Bundesrepublik* nehmen - im Interesse des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit - diplomatische Beziehungen zu allen Staaten der NATO beziehungsweise zu allen Staaten des Warschauer Vertrages auf;